

Die Welt am Rande des Abgrunds

Der US-Angriff auf Venezuela hat es der Welt erneut vor Augen geführt: Das Völkerrecht existiert nicht mehr. Im ersten Teil dieses Zweiteilers erinnert der Philosoph Alexander Dugin daran, dass es nicht das erste Mal in der Geschichte ist, dass es sich komplett in Luft aufgelöst hat. Im zweiten Teil des Zweiteilers schildert Alexander Dugin, warum der Übergang von der unipolaren Hegemonie der USA zur multipolaren Weltordnung kaum vorankommt. Er warnt vor dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs in diesem Jahr und ruft dazu auf, schnellstmöglich ein neues Völkerrecht und eine Ideologie der Multipolarität zu schaffen.

Von Alexander Dugin

Teil 1: Vom Westfälischen Frieden zum Zweiten Weltkrieg

4.1.2026

<https://gegenzensur.rtde.world/international/266506-dugin-welt-am-rande-abgrunds/>

Teil 2: Globaler Kampf aller gegen alle

5.1.2026

<https://gegenzensur.rtde.world/international/266508-dugin-welt-am-rande-abgrunds-zweiter-teil/>

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 4. Januar 2026 auf ria.ru erschienen.

Teil 1

Dieser Text ist eine philosophische Reflexion über den Angriff auf Venezuela und die Operation zum Regimewechsel in Iran. Ich bin überzeugt: Angesichts der aktuellen Ereignisse in der Weltpolitik ist nun jedem endgültig klar geworden, dass es kein Völkerrecht mehr gibt. Es existiert nicht mehr.

Das Völkerrecht ist ein System von Verträgen zwischen solchen Großmächten, die in der Lage sind, ihre Souveränität in der Praxis zu verteidigen. Sie legen die Regeln fest – für sich selbst und für alle anderen: was man tun darf und was nicht. Und sie halten sich daran. Dieses Recht funktioniert so lange, wie das Gleichgewicht zwischen den Großmächten erhalten bleibt.

Historischer Rückblick: Das Westfälische System

Das Westfälische System, das die Souveränität der Nationalstaaten anerkennt, entstand aus einer Pattsituation zwischen Katholiken und Protestanten (mit dem sich ihnen anschließenden antiimperialistischen Frankreich) heraus. Hätten die Katholiken gesiegt, hätten der Heilige Stuhl und das

Heilige Römische Reich eine völlig andere europäische Architektur geschaffen. Genauer gesagt, hätten sie die alte, mittelalterliche Struktur beibehalten.

In gewisser Weise profitierten gerade die Protestanten im Norden Europas vom Westfälischen Frieden von 1648, da sie ursprünglich für nationale Monarchien gegen den Papst und den Kaiser eintraten. Auch wenn sie keinen vollständigen Sieg errangen, erreichten sie doch ihr Ziel.

Formal hat sich das Westfälische System bis heute erhalten, da wir das Völkerrecht auf dem Prinzip der Nationalstaaten aufbauen, worauf die Protestanten im Dreißigjährigen Krieg bestanden hatten. Aber im Grunde genommen betraf dies im 17. Jahrhundert nur die Staaten Europas mit ihren Kolonien, und später verfügte nicht jeder Nationalstaat über echte Souveränität. Alle Nationen sind gleich, aber die europäischen Nationen (Großmächte) waren "gleicher als andere".

Der Politische Realismus

Die Anerkennung der nationalen Souveränität schwacher Länder war zwar in gewisser Weise heuchlerisch, wurde jedoch durch die Theorie des Realismus vollständig kompensiert. Diese Theorie entwickelte sich erst im 20. Jahrhundert endgültig, spiegelte jedoch ein Bild der internationalen Beziehungen wider, das sich schon lange zuvor herausgebildet hatte. Hier wird die Ungleichheit der Länder durch die Möglichkeit der Bildung von Koalitionen und ein schachähnliches System von Allianzen ausgeglichen – schwache Staaten schließen Vereinbarungen mit stärkeren, um einer möglichen Aggression anderer, noch stärkerer Staaten entgegenzuwirken. Dies geschah und geschieht auch heute noch in der Praxis.

Der Völkerbund versuchte, dem Völkerrecht auf der Grundlage des Westfälischen Systems einen festeren Charakter zu verleihen, indem er versuchte, die Souveränität teilweise einzuschränken und auf der Grundlage des westlichen Liberalismus, Pazifismus und der ersten Version des Globalismus allgemeine Prinzipien festzulegen, denen alle Länder – große und kleine – folgen sollten. Im Wesentlichen war der Völkerbund als erster Schritt in Richtung einer Weltregierung gedacht.

Genau zu dieser Zeit bildete sich die Schule des Liberalismus in den internationalen Beziehungen heraus, die einen langen Streit mit den Realisten begann. Die Liberalen glaubten, dass das Völkerrecht früher oder später das Prinzip der vollständigen Souveränität der Nationalstaaten verdrängen und zur Schaffung eines einheitlichen internationalen Systems führen würde. Die Realisten in den internationalen Beziehungen beharrten weiterhin auf ihrem Standpunkt und verteidigten das Prinzip der absoluten Souveränität der Nationalstaaten, also das direkte Erbe des Westfälischen Friedens.

Drei souveräne Pole und der Zweite Weltkrieg

Bereits in den 1930er Jahren wurde jedoch klar, dass weder der Liberalismus des Völkerbundes noch das Westfälische System dem Kräfteverhältnis in Europa und der Welt entsprachen. Der Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland 1933, der Einmarsch des faschistischen Italiens in Äthiopien 1937 und der Krieg der UdSSR gegen Finnland 1939 zerstörten den Völkerbund im Grunde genommen sogar formal. Obwohl er offiziell erst 1946 aufgelöst wurde, war der erste Versuch, das Völkerrecht als allgemein verbindliches System zu etablieren, bereits in den 1930er Jahren gescheitert.

Im Grunde genommen bildeten sich in den 1930er Jahren drei Pole der Souveränität heraus – diesmal auf der Grundlage rein ideologischer Merkmale. Jetzt war nicht mehr die formale Souveränität wichtig, sondern das reale Potenzial jedes ideologischen Blocks. Der Zweite Weltkrieg war genau genommen eine Bewährungsprobe für alle drei Lager.

Ein Lager vereinte die bürgerlich-kapitalistischen Länder – vor allem England, Frankreich und die USA. Es war ein liberales Lager, das jedoch zwangsläufig seiner internationalistischen Dimension beraubt war. Die Liberalen waren gezwungen, ihre Ideologie gegenüber zwei mächtigen Gegnern – dem Faschismus und dem Kommunismus – zu verteidigen. Insgesamt jedoch – wenn man das schwache Glied Frankreich, das unmittelbar nach Beginn des Zweiten Weltkriegs kapitulierte, außer Acht lässt – zeigte der bürgerlich-kapitalistische Block ein ausreichendes Maß an Souveränität: England brach unter den Angriffen Hitler-Deutschlands nicht zusammen, und die USA kämpften recht effektiv gegen Japan im Pazifik.

Das zweite Lager war der europäische Faschismus, der während Hitlers Eroberung Westeuropas besonders an Stärke gewann. Unter dem Banner des Nationalsozialismus schlossen sich fast alle europäischen Länder zusammen. In einer solchen Situation konnte von einer Souveränität des einzelnen Nationalstaats keine Rede sein – selbst im Fall von mit Hitler verbündeten Regimes (wie dem faschistischen Italien oder Francos Spanien). Das Maximum, das einige Länder (Salazars Portugal, die Schweiz usw.) für sich erreichen konnten, war eine bedingte Neutralität. Souverän war nur Deutschland, oder genauer gesagt, der Hitlerismus als Ideologie.

Das dritte Lager wurde von der UdSSR vertreten, und obwohl es sich nur um einen einzigen Staat handelte, basierte es auf einer Ideologie – dem Marxismus-Leninismus. Auch hier ging es weniger um eine Nation als vielmehr um eine ideologische Formation.

In den 1930er Jahren brach das Völkerrecht, dessen letzte Version die Vereinbarungen von Versailles und die Normen des Völkerbundes waren, zusammen. Nun entschieden Ideologie und Macht über alles.

Dabei hatte jede Ideologie ihre eigene Vorstellung von der künftigen Weltordnung und operierte daher mit ihrer eigenen Version des Völkerrechts.

Die UdSSR glaubte an die Weltrevolution und die Abschaffung der Staaten (als bourgeois Phänomen), was eine marxistische Version der Globalisierung und des proletarischen Internationalismus darstellte.

Hitler verkündete das "Tausendjährige Reich" mit der weltweiten Vorherrschaft Deutschlands und der "arischen Rasse". Außer dem weltweiten Nationalsozialismus war Souveränität für niemanden vorgesehen.

Und nur der bürgerlich-kapitalistische – im Wesentlichen rein angelsächsische – Westen hielt an der Westfälischen Ordnung fest, in der Hoffnung, in Zukunft zu einem liberalen Internationalismus und wiederum zu einer Weltregierung überzugehen. Eigentlich war der formal erhalten gebliebene, wenn auch nicht mehr funktionierende Völkerbund in dieser Zeit ein Überbleibsel des alten Globalismus und ein Vorläufer des kommenden.

Auf jeden Fall wurde das Völkerrecht "ausgesetzt" – im Grunde abgeschafft. Es begann eine Übergangszeit, in der allein die Verbindung von Ideologie und Macht entscheidend war, was auf dem Schlachtfeld bewiesen werden musste.

In diesem Zustand kamen wir zum Zweiten Weltkrieg als Höhepunkt dieser Konfrontation der Kräfte – der Ideologien. Das Völkerrecht gab es nicht mehr.

Die Nachkriegsordnung – Das bipolare System

Das konkrete Ergebnis des Macht-/Ideologiekonflikts zwischen Liberalismus, Faschismus und Kommunismus führte zur Abschaffung eines der drei Pole – des europäischen Nationalsozialismus. Der bürgerliche Westen und der antibürgerliche sozialistische Osten schmiedeten die Anti-Hitler-Koalition und vernichteten gemeinsam (mit einem überwiegenden Beitrag der UdSSR dazu) den Faschismus in Europa.

Im Jahr 1945 wurde die Organisation der Vereinten Nationen als Grundlage für ein neues System des Völkerrechts gegründet. Zum Teil handelte es sich dabei um eine Wiederbelebung des Völkerbundes, doch der rasante Aufstieg der Sowjetunion, die die vollständige ideologische und politische Kontrolle über Osteuropa (und Westpreußen – DDR) erlangte, verlieh dem System der nationalen Souveränitäten einen ausgeprägten ideologischen Charakter. Der eigentliche Träger der Souveränität war das sozialistische Lager, dessen Staaten sich militärisch im Warschauer Pakt und wirtschaftlich im COMECON zusammengeschlossen hatten. Niemand in diesem Lager war souverän, außer Moskau und entsprechend der KPdSU.

Auf dem bürgerlich-kapitalistischen Pol fanden im Wesentlichen symmetrische Prozesse statt. Nun wurden die USA zum Kern des souveränen liberalen Westens. In der angelsächsischen Welt tauschten Zentrum und Peripherie ihre Plätze – von nun an ging die Führungsrolle von Großbritannien auf

Washington über. Die Länder Westeuropas und – im weiteren Sinne – des kapitalistischen Lagers befanden sich jetzt in der Position von Vasallen Amerikas. Dies wurde durch die Gründung der NATO und die Umwandlung des Dollars in die Weltreservewährung besiegt.

Teil 2

Die 1945 gegründete UNO hat ein System des Völkerrechts etabliert, das formal auf der Anerkennung der Souveränität basiert, faktisch jedoch auf dem Kräftegleichgewicht zwischen den Siegern des Zweiten Weltkriegs. Wirklich souverän waren nur Washington und Moskau. So blieb das Nachkriegsmodell mit der Ideologie verbunden, indem es den Nationalsozialismus abschaffte, aber das sozialistische Lager erheblich stärkte.

Das war die bipolare Weltordnung, die ihren Einfluss auf die übrigen Regionen der Welt ausübte. Alle Staaten, einschließlich der kürzlich befreiten Kolonien des Globalen Südens, standen vor der Wahl: Welches (von zwei!) ideologischen Modellen sollten sie übernehmen? Wenn sie sich für den Kapitalismus entschieden, übertrugen sie ihre Souveränität an Washington und die NATO. Wenn sie sich für den Sozialismus entschieden, dann an Moskau.

Die Bewegung der Blockfreien Staaten versuchte, einen dritten Pol zu etablieren, aber dafür fehlten ihr sowohl die ideologischen als auch die militärischen Ressourcen.

Die unipolare Weltordnung

Die Nachkriegszeit etablierte also ein System des Völkerrechts, das auf dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den beiden konkurrierenden ideologischen Lagern beruhte. Formal wurde die nationale Souveränität anerkannt, in der Praxis jedoch nicht. Das Westfälische Prinzip blieb nominell bestehen. In Wirklichkeit wurde alles durch das Kräftegleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA mit ihren Satellitenstaaten entschieden.

Im Jahr 1989, während des Zusammenbruchs der UdSSR, der durch die destruktiven Reformen Gorbatschows verursacht wurde, begann der Ostblock zu zerfallen, und 1991 löste sich auch die UdSSR auf. Die ehemaligen sozialistischen Länder übernahmen die Ideologie ihres Gegners aus dem Kalten Krieg. Es entstand eine unipolare Welt.

Das bedeutete, dass sich auch das Völkerrecht qualitativ veränderte. Nun gab es nur noch eine einzige souveräne Instanz, die global geworden war: die USA oder der kollektive Westen. Eine Ideologie, eine Macht. Kapitalismus, Liberalismus, NATO. Das Prinzip der Souveränität der Nationalstaaten und die UNO selbst wurden zu Relikten der Vergangenheit, wie einst der Völkerbund.

Das Völkerrecht wurde fortan nur noch von einem Pol bestimmt – den Siegern des Kalten Krieges. Die Besiegten (das ehemalige sozialistische Lager – allen voran die UdSSR) übernahmen die Ideologie der Sieger und erkannten damit im Grunde ihre Vasallenabhängigkeit vom kollektiven Westen an.

In dieser Situation sah der liberale Westen eine historische Chance, die internationale liberale Ordnung und das Prinzip der Machtvorherrschaft miteinander zu verbinden. Dies erforderte eine Anpassung des Völkerrechts an die tatsächlichen Gegebenheiten. So begann in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eine neue Welle der Globalisierung. Sie bedeutete die direkte Unterordnung der Nationalstaaten unter eine supranationale Instanz (eine Weltregierung) und die Einrichtung einer direkten Kontrolle über sie durch Washington, das zur Hauptstadt der Welt geworden war.

Die Europäische Union wurde genau als Vorbild für ein solches supranationales System für die gesamte Menschheit gegründet. Migranten wurden massenhaft genau zu diesem Zweck herbeigeschafft – um zu zeigen, wie die weltweite internationale Menschheit der Zukunft aussehen sollte.

Die UNO büßte in dieser Situation zunehmend an Bedeutung ein. Erstens basierte sie auf dem Prinzip der nationalen Souveränität (das es nicht mehr gab). Und zweitens waren die Sonderstellung der UdSSR und Chinas und ihr Platz im UN-Sicherheitsrat ein Relikt der bipolaren Ära.

Deshalb wurde in Washington über die Schaffung eines neuen – offen unipolaren – Systems der internationalen Beziehungen gesprochen. Es wurde als "Liga der Demokratien" oder "Forum der Demokratien" bezeichnet.

Dabei spaltete sich der Globalismus in den USA selbst in zwei Strömungen:

Erstens in den ideologischen Liberalismus, der für reinen Internationalismus steht und von Soros mit seiner "Open society", von USAID, der Woke-Agenda und so weiter repräsentiert wird.

Zweitens in Neocons – Anhänger einer unmittelbaren amerikanischen Hegemonie mit der NATO als Herrschaftsinstrument.

Im Wesentlichen waren beide Ansätze sehr ähnlich, aber gemäß dem ersten Ansatz ist die Globalisierung und Vertiefung der liberalen Demokratie in allen Ländern der Welt die Hauptpriorität, während der zweite Ansatz darauf abzielt, dass die USA das gesamte Territorium der Welt auf militärisch-politischer und wirtschaftlicher Ebene direkt kontrollieren.

Der Aufstieg der Multipolarität

Der vollständige Übergang vom bipolaren Modell des Völkerrechts zu einem unipolaren Modell fand jedoch trotz des Verschwindens eines der ideologischen/machtpolitischen Pole nie statt. Dies wurde durch den gleichzeitigen Aufstieg Chinas und den (späteren) Aufstieg Russlands unter Putin verhindert,

als sich erstmals die Konturen einer völlig anderen Weltarchitektur – der Multipolarität – deutlich abzuzeichnen begannen.

Auf der den Globalisten (sowohl der Linken – der reinen Liberal-Internationalisten – als auch der Rechten – der Neokonservativen) entgegengesetzten Seite entstand eine neue Kraft. Diese ist zwar ideologisch noch nicht klar definiert, lehnt jedoch das ideologische Muster des liberal-globalistischen Westens ab. Diese zunächst noch vage Kraft begann, die UNO zu verteidigen und sich gegen die endgültige Festigung der Unipolarität zu wehren, d. h. gegen die Umwandlung des militärischen und ideologischen Status quo (der tatsächlichen Dominanz des kollektiven Westens) in ein dies verfestigendes Rechtssystem.

So befanden wir uns in einer Situation, die an Chaos erinnerte. Es stellte sich heraus, dass derzeit weltweit fünf Betriebssysteme der internationalen Beziehungen gleichzeitig in Kraft sind, die miteinander ebenso inkompatibel sind wie Software verschiedener Hersteller.

Aus Gewohnheit erkennen die UNO und die Normen des Völkerrechts die Souveränität der Nationalstaaten an, die in Wirklichkeit bereits vor etwa hundert Jahren ihre Gültigkeit verloren hat und nur noch als Phantomschmerz existiert. Dennoch wird die Souveränität nach wie vor anerkannt und dient manchmal als Argument in der internationalen Politik.

Aus Gewohnheit bewahren einige Institutionen auch Spuren der längst vergangenen bipolaren Welt. Das entspricht zwar überhaupt nicht der Realität, macht sich aber von Zeit zu Zeit bemerkbar – beispielsweise in der Frage der nuklearen Parität zwischen Russland und den USA.

Der kollektive Westen beharrt weiterhin auf Globalisierung und dem Streben nach einer Weltregierung. Das bedeutet, dass alle Nationalstaaten aufgefordert sind, ihre Souveränität zugunsten supranationaler Instanzen wie dem Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte oder dem Haager Tribunal aufzugeben. Die Europäische Union besteht darauf, weltweit ein Vorbild zu sein, wenn es darum geht, kollektive Identitäten auszulöschen und sich von der nationalen Staatlichkeit zu verabschieden.

Die USA – insbesondere unter Trump – verhalten sich unter dem Einfluss der Neokonservativen wie die einzige Hegemonialmacht und betrachten alles, was im Interesse Amerikas liegt, als "Recht". Dieser messianische Ansatz steht teilweise im Widerspruch zum Globalismus, berücksichtigt Europa und den Internationalismus nicht, besteht aber ebenso vehement auf der Entsouveränisierung aller Staaten – einfach aufgrund des Rechts der Stärke.

Und schließlich zeichnen sich immer deutlicher die Konturen einer multipolaren Welt ab, in der die Souveränität von Zivilisationsstaaten wie dem heutigen China, Russland oder Indien ausgeübt wird. Dies erfordert ein weiteres System des Völkerrechts. Als Vorbild für ein solches Modell können die BRICS-

Staaten oder andere regionale Integrationsplattformen dienen – ohne Beteiligung des Westens (da dieser seine eigenen, klarer formulierten und strengerem Modelle mitbringt).

Alle fünf Systeme wirken gleichzeitig und behindern sich natürlich gegenseitig, was zu ständigen Störungen, Konflikten und Widersprüchen führt. Es kommt zu einem logischen Kurzschluss im Netzwerk, der den Eindruck von Chaos oder einfach nur der Abwesenheit jeglichen Völkerrechts erweckt. Wenn es gleichzeitig fünf miteinander unvereinbare Systeme des Völkerrechts gibt, dann gibt es im Grunde genommen gar keines.

Am Rande des Abgrunds

Die Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist sehr beunruhigend. Derart große Widersprüche auf globaler Ebene, ein so tiefer Konflikt der Interpretationen, konnten in der Geschichte fast nie (ehrlich gesagt, überhaupt nie) friedlich gelöst werden. Diejenigen, die sich weigern, für ihre Weltordnung zu kämpfen, werden sofort besiegt. Und sie müssen für die Weltordnung anderer kämpfen, allerdings bereits als Vasallen.

Folglich ist ein dritter Weltkrieg mehr als wahrscheinlich. Und im Jahr 2026 ist er wahrscheinlicher als 2025 oder in früheren Jahren. Das bedeutet nicht, dass wir dazu verdammt sind, sondern nur, dass wir uns in einer sehr schwierigen Situation befinden.

Per Definition betrifft ein Weltkrieg alle oder fast alle – deshalb ist er ja ein Weltkrieg. Dennoch gibt es in jedem Weltkrieg Hauptakteure.

Heute sind dies der kollektive Westen in seinen beiden Ausprägungen (liberal-globalistisch und hegemonialistisch) und die aufstrebenden Pole einer multipolaren Welt: Russland, China und Indien.

Alle anderen sind vorerst nur Instrumente.

Dabei hat der Westen eine Ideologie, die multipolare Welt hingegen nicht. Die Multipolarität selbst hat sich bereits insgesamt manifestiert, ist aber ideologisch noch kaum ausgeprägt.

Wenn es kein internationales Recht gibt und es per Definition unmöglich ist, den Frieden von Jalta, die alte UNO und die Trägheit der Bipolarität zu verteidigen, dann muss man ein neues System des internationalen Rechts vorlegen. China unternimmt gewisse Versuche in dieser Richtung (Gemeinschaft eines gemeinsamen Schicksals), Russland in geringerem Maße (Ausnahmen sind die Theorie einer multipolaren Welt und die vierte politische Theorie).

Aber das reicht eindeutig nicht aus. Möglicherweise müssen wir uns in diesem Jahr an einem globalen Kampf aller gegen alle beteiligen, in dessen Verlauf sich die Zukunft, die entsprechende Weltordnung und das System des Völkerrechts entscheiden werden. Derzeit gibt es kein solches System. Aber es muss

ein Völkerrecht geben, das es uns ermöglicht, das zu sein, was wir sein sollten – ein Zivilisationsstaat, die russische Welt. Das müssen wir so schnell wie möglich begreifen.